

KLJB Bayern · Kriemhildenstr. 14 · 80639 München

Frau  
Doris Rauscher, MdL  
und alle Mitglieder im Ausschuss  
für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie  
Bayerischer Landtag  
81627 München

Kriemhildenstraße 14  
80639 München  
Tel.: (089) 17 86 51 - 0  
Fax: (089) 17 86 51 - 44

[www.kljb-bayern.de](http://www.kljb-bayern.de)

### Vorab per E-Mail

Durchwahl: (089) 17 86 51 - 22 E-Mail: [h.tammena@kljb-bayern.de](mailto:h.tammena@kljb-bayern.de)

Datum 23.4.2021

Dr. Heiko Tammena

## Stellungnahme zur Anhörung im Bayerischen Landtag am 6. Mai 2021 Stärkung der Jugendbeteiligung in Bayern

**KLJB – rund 25.000 Mitglieder in rund 900 Ortsgruppen schauen vom Land.**

**Wir schauen aus Sicht kleiner Kommunen, mit aktueller Jugendstudie.**

Zum Thema „Jugendbeteiligung auf dem Land“ können wir uns als KLJB Bayern auf aktuelle Ergebnisse aus unserem Forschungsprojekt „Stadt. Land. Wo? Was die Jugend treibt.“ beziehen.

Die Studie ist 2020 erschienen, mit 600 Befragten von 14-27 Jahren in 15 Kommunen in Niederbayern und der Oberpfalz. Sie ist auch mit der Ergänzung vieler Expert\*innengespräche eine sehr gute Grundlage für politisches Handeln.

Die Bestandsaufnahme der **Studie „Stadt. Land. Wo?“** zeichnet ein klares Bild:

- Junge Leute in Bayern wohnen sehr gerne auf dem Land
- sind geradezu begeistert vom sozialen Zusammenhalt und der Nähe zur Natur
- je ferner der Stadt, desto mehr grenzen sie sich ab, eine „Angleichung“ findet sich nicht
- junge Leute sind in vielerlei Form sozial engagiert und halten das Dorf zusammen (gerade jetzt in der Coronakrise übernehmen sie sehr viel soziale Verantwortung)
- Bekannte politische Kritikpunkte sind die Themen Mobilität und schnelles Internet
- Weniger bekannt und diskutiert ist aber die fehlende politische Jugendbeteiligung

## **Zur politischen Beteiligung finden wir bei „Stadt. Land. Wo?“**

### **ganz klare Forschungsergebnisse<sup>1</sup>:**

- Politische Jugendbeteiligung findet in den 15 Untersuchungskommunen nicht statt.
- „Wir werden nicht gehört“, ganz ähnlich die aktuellen Corona-Studien zur Jugend
- Deutlich in Interviews: 15 Bürgermeister (sic!) denken nicht an Jugendpolitik. Sie sagen: „Da haben wir ein Neubaugebiet für junge Familien gemacht“. Das ist keine Jugendpolitik.
- Fachkräfte der Jugendarbeit und Ehrenamtliche erkennen klar die Potentiale: „Fragt halt die jungen Leute! Die werden auch noch viel länger dort wohnen als ihr.“

Es gibt ein sehr starkes Stadt-Land-Gefälle bei Strukturen der Jugendarbeit und Jugendpolitik:

- In München gibt es sehr viele hauptamtliche Strukturen, Freizeit- und Beratungsangebote aller Art aller Zielgruppen in allen Stadtteilen, auch Beteiligungsangebote
- In peripheren Landkreisen dagegen oft sehr viele Ehrenamtliche, die die örtliche Struktur bilden, aber keine formellen Beteiligungsangebote aus der Politik und noch weniger hauptamtliche Strukturen (meist drei, die da sind in flächenmäßig großen Landkreisen: Katholische Jugendstelle, Kreisjugendring und kommunale Jugendarbeit)
- Erst in größeren Kommunen wie im Landkreis Regensburg oder rund um München wird es möglich, Jugendarbeit auch politisch so wichtig zu finden, dass sie kommunal gefördert wird

Das ist also unsere Bestandsaufnahme auf dem Land. Es ist noch viel Luft nach oben für Jugendbeteiligung auf dem Land. Und das ist nicht nur Sache jeder der 2.000 Gemeinden selbst.

### **Was muss daraus die politische Konsequenz sein?**

Politische Forderungen zur Jugendbeteiligung stellen wir als KLJB und alle weiteren Jugendverbände schon sehr lange. Und zu einem zentralen Thema nur ein Satz:

**Wir verstehen nicht, warum es noch Abgeordnete gibt, die Angst haben, auch 16jährige wählen zu lassen.** Wir hören da auch nicht auf, das zu fragen.

Aber wer sich da partout nicht nach vielen Argumenten bewegen will, dem bietet sich für Gesetzesänderungen und Haushaltsentscheidungen noch viel Spielraum für Jugendbeteiligung.

---

<sup>1</sup> Ausführlicher in Heiko Tammena: Politisches Engagement und Jugendbeteiligung. Ein Lern- und Handlungsfeld für junge Menschen. In: Theresa Schäfer, Maria Stöckl, Joachim Vossen (Hg.): Stadt. Land. Wo? Was die Jugend treibt. Ergebnisse und Impulse aus der Untersuchung zu Bleibe- und Wandungsmotiven junger Menschen in ländlichen Räumen, München 2020, S. 103-113.

## **Was brauchen wir dafür auf dem Land, in kleinen Kommunen?**

Unser wichtigstes Ziel: Es darf einfach nicht weiter von der Person der Bürgermeister\*in allein abhängen, ob es ein Angebot für politische Jugendbeteiligung gibt!

Die Lösung ist eine klare **Pflichtaufgabe in der Bayerischen Gemeindeordnung**, besser noch in der Bayerischen Verfassung (da könnten wir im Volksentscheid gleich mit über das Wahlalter mit abstimmen): Junge Menschen haben ein Recht auf politische Beteiligung. Ihnen ist in jeder Gemeinde jährlich mindestens ein nach den professionellen Maßstäben der Jugendarbeit entwickeltes Angebot zu machen.

## **Also wir fordern eine landesweite Pflicht, regelmäßig zu fragen: Was braucht ihr?**

Dabei bleibt freilich ganz wichtig, methodisch passend zu arbeiten. Also junge Leute nicht wie ältere Interessengruppen behandeln, auf keinen Fall nur „Show-Termine“ für ein paar Likes zu machen.

Es war übrigens gut, dass auch in den Fragen für heute stand, dass es um gute Erfahrungen geht. Da können wir nur sagen: Wir haben 900 Ortsgruppen, die haben alle viel Erfahrung, wie man junge Leute motiviert, etwas auf dem Land zu bewegen. Und die finden auch die passenden Methoden der Jugendarbeit, weil sie etwa mal beim Gruppenleitungs-Grundkurs waren.

Aber die passenden Methoden muss nicht die Politik vorschreiben, die entwickeln Jugendarbeit und Wissenschaft schon selbst. Das gilt auch für digitale Tools, die entwickeln sich schon und ich bin sehr gespannt auf die Dissertation von Regina Renner aus Marktoberdorf, die dazu bald veröffentlicht wird. Aber nur eine Bitte: Technische Tools sind nicht das Wundermittel, um politische Jugendbeteiligung von 0 auf 100 zu bringen. Um noch deutlicher zu werden: Die immer knappen Haushaltsmittel sollten nicht in neue Apps, sondern eher in Personal gesteckt werden.

## **Was uns wirklich wichtig ist, politisch zu regeln:**

- Politische Vorschläge müssen wir die Jugend selbst entwickeln lassen
- Ergebnissen müssen dann alle erstmal wirklich zuhören als Politik
- Sie müssen zwingend in den zuständigen Gremien mit Rückmeldung behandelt werden
- Follow-ups müssen von Anfang an eingeplant sein: Was ist daraus geworden? Was steht noch aus und wer kümmert sich darum?

## **Die Struktur dafür kann so vielfältig sein wie Bayern ist und die Jugend ist.**

- Im Oberallgäu in **Dietmannsried** ist das ein Jugendparlament, wo die KLJB sogar einen satzungsgemäßen Sitz hat – finden wir schon ganz gut.
- Woanders aber kann das wie in **Viechtach** ein Jugendbeirat sein, der auch an ein Jugendzentrum örtlich gekoppelt ist. Eigene Räume sind oft das wichtigste, was der Landjugend fehlt.
- Schwierig ist es oft, dass es nur Projektförderung für Jugendbeteiligung auf Kreisebene gibt wie jetzt im **Ostallgäu**. Es ist nötig, in die einzelnen Gemeinden zu gehen
- Das macht etwa die Kollegin Martin Kirchpfering aus **Freyung-Grafenau** von der kommunalen Jugendarbeit, die in unserer Fachveröffentlichung zum Projekt „Stadt. Land. Wo?“ geschrieben hat. Das ist offenbar auch im Landkreis Coburg schon seit längerem so.

Es braucht keine landesweite Vorschrift für ein Jugendparlament samt Wahlverfahren und Mustersatzung. Es braucht einen Mix aus Projektarbeit, Freiräumen und lokalen Strukturen. Und es braucht den Nachweis jeder der 2.000 Gemeinden, dass es ein jährliches Angebot und eine Satzung für eine Jugendversammlung, Jugendbefragung und Jugendbeteiligung mit Ergebnissen gibt!<sup>2</sup>

Und wenn das nicht gemacht wird, hat das auch Konsequenzen – etwa bei den Mitteln für ländliche Entwicklung. Oder anders: Wer keine Jugendbeteiligung macht, bekommt auch keine Baumittel.

## **Zuletzt noch eine wichtige Verbindung, die in unseren Beschlüssen immer da war: Wer Jugendbeteiligung will, muss auch politische Bildung anbieten.**

Und damit meinen wir nicht das Schulfach! Da ist es einfach erschütternd, wenn es Studien gibt, die unsere winzige Schulstunde in der 10. Klasse sehen und feststellen: Bayern ist bundesweit Schlusslicht bei politischer Bildung in der Schule.

## **Nein, wir reden da wieder mehr aus Sicht der Jugendarbeit:**

Wir brauchen die Vernetzung der Jugendarbeit zur politischen Bildung und das heißt bei uns immer ganz zielgruppennahe, ganz informelle politische Bildung. Es heißt auch, immer neu für Demokratie und Vielfalt zu begeistern und junge Leute vor dem Weg in den Rechtsextremismus aufzuhalten.

---

<sup>2</sup> Ausführliche Vorschläge im Beschluss BJR „Politische Beteiligung von jungen Menschen in der Bayerischen Gemeindeordnung verankern“ vom März 2018: [www.kljb.click/bjrbeteiligung](http://www.kljb.click/bjrbeteiligung) und „Demokratie braucht Jugendpolitik“, Beschluss der KLJB-Landesversammlung 2017: [www.kljb.click/jugendpolitik](http://www.kljb.click/jugendpolitik)

Gerade das Thema Vielfalt, Genderpädagogik und Diskriminierung ist übrigens auf dem Land in unserer Studie „Stadt. Land. Wo“ klar als Defizit benannt worden.

In **Schwaben** wird da mit dem „Netzwerk politische Bildung“ schon sehr gut gearbeitet. Sogar die lange sehr träge und sehr professorale „Landeszentrale“ beginnt jetzt mit neuen Wegen. Das nehmen wir sehr genau wahr.

Hier stellt sich die Frage: Warum bekommen nicht alle Bezirke, alle Landkreise in Bayern so eine Struktur zur Vernetzung von Jugendarbeit und Wissenschaft beim Thema politische Bildung? Das wäre gerade auf dem Land ein wichtiges Thema für einen „Aktionsplan Jugend“.

Und auch: Warum gibt es nur zwei Stellen für **Medienpädagogik** in einem riesigen Bezirk wie Oberpfalz beim Bezirksjugendring? Die Verbindung von politischer Bildung mit Medienpädagogik ist ja gerade erst im Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung als Leitlinie betont worden.<sup>3</sup>

### **Zusammenfassend:**

Wir müssen jetzt nicht länger warten, sondern handeln: Jugendbeteiligung braucht die richtige Struktur und das richtige Geld, überall in Bayern, aber besonders auf dem Land.

Und ich wünsche mir, dass wir dann bei der nächsten Jugendstudie nicht nur mehr weibliche und jüngere Bürgermeister\*innen und Gemeinderatsmitglieder fragen können, sondern dass die auch begeistert erzählen von Jugendpolitik und Beteiligung und davon, was das gerade in ihrer kleinen Gemeinde an frischen Ideen und Schwung gebracht hat.

Und dass dann niemand mehr nötig hat, zum Thema Jugendpolitik zu sagen: „Da haben wir jetzt ein Neubaugebiet für junge Familien gemacht.“



Dr. Heiko Tammerna  
Referent für Öffentlichkeitsarbeit und politische Arbeit

---

<sup>3</sup> 16. Kinder- und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter, November 2020, Drucksache 19/24200, S. 10.